

Waldenburger Zeitung

Organ des Soldatenrates

Erscheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 1.95 Mark vierteljährlich außer Bestellschuld.

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Bestellungen nehmen für Reichs- und Feldpostämter gegen Zahlung von 1.50 Mark einchl. Porto, von der Exped. — abgeholt 1 Mark. —

Der polnische Vormarsch zum Stehen gekommen.

Bevorstehende Verhandlungen in Berlin.

Wolffmeldung.

Danzig, 23. Januar.

Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen polnischen Front zum Stehen gekommen. Die Polen sind zehn Kilometer vor Bromberg stehen geblieben. Thorn ist nicht mehr bedroht. Der Druck des verstärkten deutschen Widerstandes macht sich fühlbar.

Aus Posen wird gemeldet: Durch eine Verfügung des obersten polnischen Volksrates werden sämtliche den Jahrgängen 1897—99 angehörenden Polen aufgefordert, sich zum aktiven militärischen Dienst zu stellen.

Aus Bromberg wird amtlich berichtet: Steinburg wurde von einer starken polnischen Abteilung angegriffen. Unter Zurücklassung von 26 Toten wurden sie abgewiesen. Bei dem Kampf um Hopfengarten am 20. und 21. Januar wurden bei Tagesanbruch noch 76 polnische Tote festgestellt. Ein Teil der Regierungstruppen, die an den militärischen Maßnahmen der letzten Zeit in Berlin beteiligt waren, sind nach Schlessen zum Schutz der Landesgrenze und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Kohlenrevier abgefordert worden. Die Maßnahmen der preussischen Regierung haben die Polen, wie berichtet wird, geneigter zu Verhandlungen gemacht, die in der nächsten Woche in Berlin beginnen sollen.

Von der Ostfront wird mitgeteilt, die Aufforderung drei russischer Kompagnien, den Ort Rozaa (42 Kilometer südöstlich von Volkowysk) zu räumen, wurde von der dort liegenden Belagerungskompagnie der vierten Landwehr-Division abgewiesen. Im Gouvernement Iltau ist Neu-Auk vom Feinde frei. Das vierte lettische Regiment hält Riga, das erste Mitau und Tuckum und das dritte Alt-Auk. Das zweite lettische Regiment marschiert von Alt-Auk nach Wegeri.

Königsberg, 23. Januar. W. L. B.

Vom U. D. R. 10 geht uns folgende berichtige Notiz zu: General der Infanterie von Falkenhayn fährt demnächst in die Heimat zurück. Die gestern gebrachte Nachricht, daß er die 10. Armee im Verbands des U. D. R. Nord führen wird, trifft daher nicht zu.

Das Endresultat der deutschen Nationalwahlen.

Wolffmeldung.

Berlin, 22. Januar.

Das Endresultat aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit 241 Abgeordneten haben erhalten: Die Deutsch-nationale Volkspartei 34, die Christliche Volkspartei 88, die Deutsche Volkspartei 23, die Deutschdemokratische Partei 77, die Sozialdemokratische Partei 164 und die Unabhängige sozialdemokratische Partei 24 Sitze. Ferner sind elf Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus vier Welfen, einem Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokratie, vier bayrischen Bauernbündlern und zwei Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Königsberg, 22. Januar. W. L. B.

Die Wahl zur deutschen Nationalversammlung ist in Hamburg, Dinslaken, Walsum, Brueckhausen und Huente, in insgesamt 48 Wahlbezirken, gewaltig gestört worden, so daß die Wahlhandlung nicht stattfinden konnte. Im ganzen kommen in den ausgefallenen Stimmbezirken 58 000 Wahlberechtigte in Frage.

Demonstrationstreik für Indiens Selbständigkeit.

Wolffmeldung.

London, 21. Januar.

Ein großer Streik ist, wie die „Daily Express“ aus Bombay meldet, in Britisch-Indien ausgebrochen, der größte, der bisher im Lande vorgekommen ist. In Bombay allein streiken 20 000 Fabrikarbeiter. In Delhi wurde nach einer Meldung der „Morning Post“ in Anwesenheit von 10 000 Delegierten und Besuchern der Nationalkongress eröffnet. Nimal Khan, der Prä-

sident des Empfangskomitees, betonte, daß, wenn Irland auf das Selbstbestimmungsrecht Anspruch erheben könnte, dieses auch Indien nicht verweigert werden dürfe. Der sehr ehrwürdige Maloja wies die vielfach bestehende Ansicht zurück, daß die Inder für die Selbstregierung nicht fähig seien.

Bolschewistische Finanzwirtschaft in Rußland.

Eigener Drahtbericht.

London, 22. Januar.

Wie die „Times“ nach bolschewistischen Blättern aus Omsk und Penza melden, sind in Petersburg und Penza 14 000 Arbeiter Tag und Nacht mit der Herstellung von Papiergeld beschäftigt. Petersburg liefert 90 Millionen Rubel täglich, Penza 220 Millionen Rubel. Neben ihrer Löhnung erhalten die bolschewistischen Soldaten an der Uralfront 30 Rubel für jede Stunde, die sie im Gefecht sind. Jeder Soldat, der an der Eroberung von Ufa teilnahm, erhielt 1000 Rubel. Das amtliche Organ der Bolschewisten in Moskau, „Iswestija“, veröffentlicht eine Mitteilung des Finanzkommissars, nach der der Fehlbetrag für die letzten sechs Monate 2445 Millionen beträgt. Das Budget des Kriegskommissars ist nicht veröffentlicht worden. Ebenso halten die Bolschewisten das finanzielle Ergebnis der Sozialisierung der Industrie und des Handels geheim.

Die estnische sozialistische Zeitung erzählt, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, vom Haupte der estnischen Regierung, Trojki habe an Sinowjew telegraphiert, daß die Bolschewiki wahrscheinlich gesungen sein würden, Petersburg ohne Kampf aufzugeben. Trojki erklärte, die Bolschewisten hätten eine große Niederlage im Norden erlitten, da die ganze Armee mit den Generalen an der Spitze zum Feinde übergegangen sei. Seit Donnerstag sollen 60 000 Arbeiter in Petersburg streiken.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Helsingfors hat Trojki den General Brujewitsch, der die Nordarmee befehligte, wegen seiner Niederlage entlassen.

Spartakusbanden in der Nordsee.

Wolffmeldung.

Berlin, 22. Januar.

Die Bevölkerung der Nordseeinseln ist durch herumziehende Spartakusbanden ernstlich gefährdet, die die Inseln überfallen und plündern. So z. B. hat am 10. Januar eine solche Bande in Stärke von 200 Mann und mit 35 Bewaffneten auf drei Minensuchbooten, aus Cuxhaven kommend, Wangerooz heimgesucht. Sie wurde von der Inselbesatzung übermannt und gefangen genommen. Die Ausrüstung eines deutschen Kriegesfahrzeuges, das gegen dieses Bandenunwesen einschreiten wollte, ist durch den Admiral der englischen Besichtigungskommission daran verhindert worden.

Monarchistische Bewegung in Portugal.

Wolffmeldung.

Paris, 21. Januar.

Aus Lissabon bringt Habas die amtliche Meldung, daß die Regierung hier Herr der Lage ist. Die monarchistische Bewegung beschränkt sich auf Oporto und Braga. Dagegen besagen an der spanischen Grenze aus Oporto eingetroffene Telegramme, daß am Montagabend vor dem Stadthaus in Gegenwart der versammelten Truppen die Monarchie mit König Manuel proklamiert wurde. Der Kriegsminister schloß sich der Bewegung an. Die Bewegung ist wahrscheinlich auch in Lissabon erfolgreich. Zahlreiche Republikaner wandern nach Spanien aus.

Südafrikas Unabhängigkeitsverlangen.

Wolffmeldung.

Haag, 22. Januar.

Der große nationalistische Burenkongress in Bloomfontein hat am 16. Januar General Herkog nach Paris gesandt, um dort auf der Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Südafrikas zu verlangen.

Die russische Frage an der Pariser Entente.

Wolffmeldung.

Paris, 22.

Amlich wird gemeldet: Präsident Wilson, Ministerpräsidenten und die Minister des alliierten und assoziierten Mächte waren im Vertreters von Japan gestern vormittag 1/2 1/2 Uhr und gestern nachmittag von 3 bis 5 Uhr im Ministerium des Äußern versammelt. Am 2. machte der dänische Gesandte Scavenius von den näheren Informationen über die Lage verschiedenen Gegenden Rußlands. In der Nachmittags wurde die Erörterung über den gleichen Stand fortgesetzt und erheblich gefördert. Man hat heute vormittag um 11 Uhr stattfindenden an die Formulierung der Schlussforderungen gekönnen. Die Frage der Arbeitsmethode der wurde gleichfalls gestreift.

In der Frage der Organisation des Völkertritt einem Reuterbericht zufolge das Arbeit problem stark hervor. Auf britischer Seite ist sehr eifrig mit dieser Frage beschäftigt. Seine Vor werden, nachdem sie durch die britische Deputation handelt sind, dem Sekretariat der Konferenz übergeben werden. Gegen die internationale Arbeiterkonferenz der Schweiz hat die britische Regierung nichts einzuwenden.

Trotz der amtlichen Verlautbarung, daß der Rat der Großmächte konkrete Vorschläge für Rußland formulieren hätte, empfinden die Delegierten, daß gegen die schwierige Lage kein sicheres Hilfsmittel besteht und es wünschenswert ist, in den Vorschlägen mehrere Richtlinien für eine Aktion festzulegen. Weder Sazonow noch die Sowjetvertreter werden als Vertreter der russischen Angelegenheiten nach Paris kommen, aber über die innere Lage Rußlands wird eine Untersuchung ange gestellt werden. Diese Entscheidung wurde hauptsächlich wegen der in bestimmten Kreisen vorherrschenden Abneigung, mit den Bolschewisten direkt zu verhandeln, getroffen. Scavenius hatte auf den Entschluß, die Sowjetvertreter nicht einzuladen, hier zu kommen, starken Einfluß. Er verlies auf einen Artikel, der von einem Hauptmitglied der Sowjets geschrieben war, in welchem Stand, daß Wilson und Lloyd George zu reaktionär seien, als daß der Sowjet mit ihnen verhandeln könnte. Er gab auch genaue Daten über die bolschewistischen Streitkräfte und legte dar, daß sie nicht über 90 000 bewaffnete Mannschaften betragen und daß die übrigen unbewaffnet sind.

Sagt wird nach einer Meldung der „Times“ aus New York wahrscheinlich der Nachfolger Wilsons als Friedensdelegierter sein, sobald der Präsident nach den Vereinigten Staaten zurückkehrt. In Toronto hielt Taft eine Rede, in der er für den Völkertbund und eine gute Verständigung mit England eintrat. Deutschland dürfe in den Völkertbund nicht zugelassen werden, solange es keine Reue zeige. (Unfin!) Die deutschen Kolonien sollen durch den Völkertbund verwaltet werden. Wenn England sie erhalten würde, so würde das bei bestimmten Elementen in Frankreich und Amerika das Gefühl hervorrufen, daß es den Krieg zum eigenen Vorteil ausgenutzt habe.

Amsterdam, 22. Januar. W. L. B.

Aus Paris wird holländischen Blättern gemeldet, daß der Papst und zwei neutrale Mächte der Konferenz der Alliierten das Ersuchen unterbreitet haben, es möge Vorkehrungen getroffen werden, die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen bis zum Friedensschluß vorzunehmen.

Berlin, 23. Januar. W. L. B.

Bei der zunehmenden Kohlenknappheit sind in Berlin Gasparaturen und weitere erhebliche Einschränkungen im Verkehrsleben in Aussicht genommen. Die Polizeistunde soll auf 10 Uhr abends festgesetzt werden.

Berlin, 23. Januar. W. L. B.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat dem „Berliner Tageblatt“ zufolge Rauzy, Gaase und Jäckel zur internationalen sozialistischen Konferenz nach Bern delegiert.

Wichtigkeit der Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Wolffmeldung.

Berlin, 23. Januar.

In Erier gepflogenen Verhandlungen wegen mitteleuropäischer Unterstaatssekretär von der Vorsitzende der deutschen Kommission für Fragen, einem Vertreter des „Vorwärts“ geteilt:

Des Waffenstillstandes kann nur eine Hilfe an Lebensmitteln in Höhe von etwa 100 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, werdende und ältere und einzelne besondere Arbeiterkategorien und zwar unter der Voraussetzung, daß vorher fahrbereite Handelsflotte den alliierten Reserven zur Verfügung gestellt wird. Geschützt das kann in zwei bis drei Wochen mit der Liefersituation begonnen werden. Die Menge an Lebensmitteln, die für den Betrag von 100 Millionen Dollar eingeführt werden kann, den hohen Weltmarktpreisen nicht sehr. Sie wird sich nach den geltend gemachten Mengen vielleicht auf 70 000 Tonnen Speisefette, 100 000 Tonnen Weizen, dann gewisse Mengen kondensiert, Hafermehl, Reis und Fleischpräparate. Es reicht deshalb zu einer allgemeinen Ernährung in keiner Weise aus. Es ist mit den Vertretern der Entente und auch über die Versorgung Deutschlands verhandelt. Dabei gaben sie eine Erklärung ab, daß Vorräte an Speck und an Getreide ausreichend die ganze Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hinge nur von der Erfüllung dieser Bedingungen ab. Dazu ist erforderlich, daß durch die Ausfuhr von Kohle, Kali und Erzeugnissen so rasch wie möglich Devisen im Ausland verschaffen, mit denen die Lebensmittelbezugszahlungen bezahlt werden können. Denn, darüber darf keine Täuschung hingehen, gegen Kredit oder Geld, das bei Fortdauer des Überwiegens der Exporte über die Ausfuhr immer mehr entwertet werden wird, liefert uns Amerika nichts.

Keine Milderung der Blockade.

Wolffmeldung.

Berlin, 22. Januar.

Wie dem Wolffbureau von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sind alle erbetenen Milderungen bezüglich der Blockade abgelehnt worden. So dürfen a. bei Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen gestellt werden und die Dampfer müssen sogar zurückfahren. Auf die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seewegs, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente eine abschlägige Antwort erteilt.

Wie der Kommandant eines deutschen Torpedoboots berichtet, das den Hauptverkehr zwischen den in Scapa Flow internierten Kriegsschiffen und der Heimat vermittelt, haben die Engländer wohl die Abgabe der Heimatelegraphen an die Schiffe, jedoch die Mitnahme von Post von den Schiffen nach Deutschland nicht gestattet. Andererseits hat der englische Flottenchef die Übernahme der Verpflegung der deutschen Besatzungen durch die Engländer abgelehnt. Die Verpflegung muß nun von Deutschland aus erfolgen.

Die Lage in Oberschlesien.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 23. Januar.

Die Streiklage im ober-schlesischen Kohlenrevier hat nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ mit der heutigen Morgenzeitung eine Besserung erfahren. Es wird auf mehr als der Hälfte der Gruben gearbeitet. Es streiken im ganzen 20 000 Mann. Auf einzelnen Gruben herrscht wieder vollkommenes Einvernehmen zwischen der Verwaltung und den Arbeitern, so daß teilweise die Militärkommandos zurückgezogen werden konnten. Auf Veranlassung des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Oberschlesiens sind gestern 28 Terroristen verhaftet worden, die arbeitswilligen Bergleuten mit Gewalt den Eintritt verwehrt haben.

Trotz der Parole der Polen auf Enthaltung bei den Wahlen zur Nationalversammlung war die Wahlbeteiligung in Oberschlesien überaus stark. Es wurden nicht weniger als 664 000 Stimmen abgegeben, das sind 74% aller Wahlberechtigten. Die polnischen Loslösungsbestrebungen werden demnach von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Starke Zuwachs haben

die Sozialdemokraten erlangt. Ihre Stimmziffer stieg von 48 000 auf 250 000.

Berlin, 22. Januar. W. T. B.

Wie das Wolffbureau mitteilt, hat sich am 23. Januar eine aus Beuthen und Uraebuna stammende Deputation über Krakau und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die ober-schlesischen Verhältnisse zu besprechen.

Vorübergehender verschärfter Belagerungszustand über Hamburg.

Wolffmeldung.

Hamburg, 23. Januar.

Infolge gewalttätiger Arbeitslosenkundgebungen wurde am Dienstag abend der verschärfte Belagerungszustand in Hamburg durch Polizeiorgane bekanntgegeben. Theater, Gastwirtschaften usw. mußten schließen. Straßenbahn, Hochbahn und Stadtbahn stellten den Betrieb ein. An mehreren Stellen der Stadt kam es zu erheblichen Schieberereien, die eine Anzahl Opfer forderten. Gebäude wurden von den Unruhestiftern besetzt, aber von den Regierungstruppen bald wieder zurückerobert. Die Nacht verlief ruhig. Der Belagerungszustand wurde heute vormittag wieder aufgehoben. Die Seeleute veranfaßten heute eine Protestkundgebung gegen die Seemannsordnung.

Partikularistische Bewegung in Braunschweig, Rheinland und Westfalen.

Wolffmeldung.

Braunschweig, 23. Januar.

Es ist beschlossen worden, Donnerstag vormittag die Arbeit allgemein wieder aufzunehmen. Regierungsvertreter erklärten, die Vertreter aus Rheinland und Westfalen hätten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, um zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anschluß vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden.

Essen, 22. Januar. W. T. B.

Bei der heutigen Morgenzeitung fuhren die Belegschaften sämtlicher Zechen wieder ein.

Halle, 22. Januar. W. T. B.

Die Verhandlungen zwischen der Eisenbahn-Direktion und den Vertretern der Eisenbahner haben zur Einigung geführt. Die Direktion hat in die Entlassung einiger sich mißliebiger gemachter Vorgesetzter eingewilligt.

Standrecht über Düsseldorf.

Düsseldorf, 22. Januar. W. T. B.

Die Zahl der Opfer bei den letzten Unruhen hat sich auf 13 Tote und 25 Verletzte erhöht. Unumschränkter Herrscher in Düsseldorf ist der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates, der im Ständehaus tagt und aus unabhängigen und Spartakisten zusammengesetzt ist. Er hat über Düsseldorf das Standrecht verhängt.

Straßenbahnerstreik in Brüssel.

Wolffmeldung.

Brüssel, 22. Januar.

Das Personal sämtlicher Straßenbahnen in Brüssel, insgesamt 5000 Mann, hat die Arbeit niedergelegt. Außer einer Erhöhung der Löhne fordert das Straßenbahnpersonal auch die Wiedereinstellung von 34 entlassenen Beamten.

Berechtigte Einschränkung der Erwerbslosenfürsorge.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 22. Januar.

Am 15. Januar ist eine Abänderung der Verordnung der Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 vom Demobilisationsamt erlassen worden, nach der Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, in diesem Orte eine Unterstützung nicht länger als insgesamt vier Wochen gewährt werden darf, auch wenn eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Dieselbe Beschränkung gilt für die vorläufige vorzugsweise Unterstützung von Kriegsteilnehmern (bisher war die Unterstützungsdauer nicht begrenzt worden).

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Die Entziehung der Erwerbslosen-

unterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten.

Mit der Abänderung der Verordnung für die Erwerbslosenfürsorge ist der erste Schritt getan, der Wirtschaft die so dringend erforderlichen Arbeitskräfte zuzuführen und auf die Arbeitslosen einen gewissen Zwang zur Annahme der jeweils angebotenen Stellen auszuüben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet es darüber hinaus für unbedingt erforderlich, daß die Regierung Zwangsvorschriften erläßt, denen die Arbeitslosen unumgänglich Folge zu leisten haben. Das Erwerbslosenfürsorgegesetz muß durch ein allgemeines Dienstgesetz, das dem Hilfsdienstgesetz nachzubilden wäre, ersetzt werden.

Forderungen der Arbeiter Spaniens.

Wolffmeldung.

Paris, 22. Januar.

Eine spanische Arbeiterdelegation leate, wie Havas aus Madrid meldet, dem Ministerpräsidenten die Forderungen der Arbeiterschaft vor. Diese Delegation verlangt die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: Achtstundentag, Mindestlohn entsprechend der Lebenshaltung, Abschaffung der Akkordarbeit, Abtretung des bearbeitbaren Bodens, dem dem Staat oder den Gemeinden gehört, an die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Soldatenmeuterei in Prag.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 22. Januar.

Die Prager Hausregimenter haben nach einer Wiener Meldung der „Deutschen Zeitung“ gemeutert. Das Franz-Joseph-Infanterie-Regiment Nr. 8 und das Prager Schützen-Regiment Nr. 8 wurden nach Josephstadt verlegt. Infolgedessen kam es zu offener Meuterei und Behoramsverweigerung. Die Bevölkerung sympathisierte mit den meuternden Truppen.

Berlin, 23. Januar. W. T. B.

Der Gesandte August Winnig ist, wie die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten“ melden, zum Reichskommissar für die noch besetzten Gebiete des ehemaligen russischen Reiches und für Ost- und Westpreußen ernannt worden. Er wird am 30. Januar von Libau, wo er sich zur Zeit aufhält, nach Röniasberg überfledeln und sich in seinem bisherigen Wirkungskreis von Dr. Burckhardt vertreten lassen.

Kirchenzettel

für Sonntag, den 26. Januar.

Katholischer Militärvotendienst: Vorm. 9 Uhr in der Seitenkapelle der Kirche an der Deutschen Straße.

Hauptchristlicher: S. Zug.

Druck und Verlag der „Blattföcker Zeitung“.

Restaurant Aquarium

Marktplatz 2, 1 Treppe.

Empfehl: Frühstück, Mittag, Abendbrot. Musterhafte Küche unter der Leitung eines Küchenchefs. Reichhaltiges Büfett. Div. Weine, gut gepflegtes Bier. Mäßige Preise. Besondere Zimmer.

2727 Inh.: U. Mandelbaum.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass nach langem, schwerem Leiden am 23. Januar unsere innig geliebte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Schwester

Hedwig Neubauer geb. Strohbach

verschieden ist. Um stilles Beileid bitten

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Nikolaistrasse 15, aus statt.

2732